

Fragen

für die Fragestunde der 60. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. November 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	48, 49	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 55	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 68	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 27	Korte, Jan (DIE LINKE.)	39
Brandner, Stephan (AfD)	44	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 41
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	12, 71	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	19, 20
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Mihalic, Irene, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	64, 65	Müller-Rosentritt, Frank (FDP)	11, 62
Herbst, Torsten (FDP)	23, 24	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	66, 67
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	4, 76	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	58	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 75	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 47
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	53, 54	Renner, Martina (DIE LINKE.)	42, 43
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	50, 51		
Jung, Christian, Dr. (FDP)	17, 18		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 72	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	9, 10
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	36	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	56, 57
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	73, 74
Spangenberg, Detlev (AfD)	15		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	24

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was unternimmt die Bundesregierung angesichts des Höfesterbens der letzten Jahre (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/4186) konkret, um das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD definierte Ziel des Erhalts einer „funktional ausgerichtete[n], bäuerlich-unternehmerische[n], familiengeführte[n] und regional verwurzelte[n] Landwirtschaft“ (Koalitionsvertrag 2018, S. 84) zu erreichen, und mit welchen konkreten Vorschlägen wird sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Änderung der EU-Subventionspolitik einsetzen, um die im Koalitionsvertrag definierten Ziele zu erreichen?
2. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welchen aktuellen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich der Fristverlängerung für die betäubungslose Ferkelkastration, und wie beurteilt die Bundesregierung verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine solche Fristverlängerung, weil diese gegen das in Artikel 20a des Grundgesetzes verankerte Staatsziel Tierschutz verstoße (siehe www.tierschutzbund.de/news-storage/landwirtschaft/221018-fristverlaengerung-bei-ferkelkastration-weiteres-gutachten-bestaetigt-verfassungsverstoss/)?
3. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung das laut dem Tierschutzgesetz zunächst schon ab 2017 geltende und sodann auf den 1. Januar 2019 verschobene Verbot, Ferkel weiterhin schmerzhaft ohne Narkose zu kastrieren – entgegen ihrer Einigung vom 1. Oktober 2018 auf abermalige Verschiebung um zwei Jahre, obwohl der Bundesrat genau dies am 21. September 2018 (vgl. NDR, 2. Oktober 2018) abgelehnt hatte –, angesichts der Proteste von Tierfreundinnen und Tierfreunden, Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützern, Bauern und Länderagrарministerinnen und Länderagrарministern nun doch unverändert gelten lassen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hierzu aus dem Rechtsgutachten des

Mannheimer Wirtschaftsstrafrechtler Prof. Dr. Jens Bülte, wonach die erneute Verschiebung dieses Verbots verfassungswidrig wäre (vgl. RP-online 18. Oktober 2018)?

4. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)

Wie ist vor dem Hintergrund, dass die Dürrehilfen laut Medienberichten erst in einem Jahr an die betroffenen Landwirte ausgezahlt werden könnten, der aktuelle Stand zur Auszahlung der Dürrehilfen an die Landwirte (www.topagrar.com/news/Home-top-News-Duerrehilfe-erst-nach-Buchfuehrungsabschluss-Das-war-so-nicht-gewollt-10066359.html)?
5. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele landwirtschaftliche Betriebe haben die von Bund und Ländern bereitgestellten Dürrehilfen bereits beantragt, und in welcher Höhe wurden diese beantragt (ggf. Angabe eines Zwischenstands; bitte für den Bund und die einzelnen Bundesländer angeben)?
6. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann laufen nach Kenntnis der Bundesregierung in den einzelnen Bundesländern die Antragsfristen aus?
7. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Haushaltsposten sind in der von der Bundesministerin Julia Klöckner am 25. Oktober 2018 auf Twitter (vgl. <https://twitter.com/JuliaKloeckner/status/1053364852850585600>) genannten „Projektförderung des BMEL“ enthalten, von denen laut der Bundesministerin rund 10 Prozent in den Ökolandbau fließen, und wie hat sich der Anteil an Forschungsmitteln für den Ökolandbau an den gesamten Agrarforschungsmitteln seit der 2013 vom Thünen-Institut ermittelten Zahl von ca. 1,6 Prozent entwickelt (vgl. https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn053124.pdf)?

8. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Prozent der gesamten Agrarforschungsförderung des Bundes (inkl. Erforschung nachwachsender Rohstoffe und BMBF-Mitteln mit Agrarbezug) sind in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 für Ansätze des nichtchemischen Pflanzenschutzes aufgewendet worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

9. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie möchte die Bundesregierung sicherstellen, dass räumliche Disparitäten und soziale Ungleichheit in der alternden Gesellschaft hinsichtlich der öffentlichen Daseinsvorsorge berücksichtigt werden, wie es im siebten Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland empfohlen wird?
10. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie und mit welchen Mitteln möchte die Bundesregierung den Ausbau von Altenhilfestrukturen bundesweit bzw. flächendeckend fördern, wie es im siebten Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland empfohlen wird?
11. Abgeordneter
Frank Müller-Rosentritt
(FDP)
- Welcher Zeitplan wurde bei den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen im Oktober dieses Jahres mit der israelischen Regierung für den Aufbau des angekündigten deutsch-israelischen Jugendwerks vereinbart, und auf welche konkreten Zwischenschritte haben sich beide Regierungen geeinigt?
12. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Zuwendungen des Bundes hat die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) im Jahr 2018 erhalten (bitte nach Empfängern der Förderung, Haushaltstiteln, Zweck der Förderung, Zusagen/Inaussichtstellungen und Höhe der bereits ausgezahlten Fördersumme auflisten), und inwieweit sind Zuwendungen des Bundes für die DITIB im Jahr 2019 vorgesehen (bitte nach

Empfängern der Förderung, Haushaltstiteln, Zweck der Förderung sowie Zusagen/Inaussichtstellungen der Höhe der Fördersumme auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

13. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit plant die Bundesregierung, im Hinblick auf die Ergebnisse der Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO) zur „Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland“ die Finanzierung von qualifizierten Sprach- und Kulturmittlern bei medizinischen und insbesondere psychotherapeutischen Behandlungen künftig sicherzustellen, um einen besseren Zugang von Geflüchteten zur gesundheitlichen und psychotherapeutischen Versorgung zu ermöglichen, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um das psychotherapeutische Behandlungsangebot für Geflüchtete im Rahmen des Fünften Buches Sozialgesetzbuch auszubauen?
14. Abgeordnete
**Kordula
Schulz-Asche**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gehört es aus Sicht der Bundesregierung zu den Sorgfaltspflichten eines Fertigarzneimittelherstellers, dass dieser alle im Arzneimittel zu verarbeitenden Bestandteile und Wirkstoffe zunächst auf ihre Qualität, Unbedenklichkeit und eventuell enthaltende Nebenprodukte hin prüft?
15. Abgeordneter
**Detlev
Spangenberg**
(AfD)
- Teilt die Bundesregierung die Besorgnis der deutschen Zahnärzte, dass mit der zunehmenden Gründung von Zahnärztlichen medizinischen Versorgungszentren durch ausländische Investoren nicht mehr eine flächendeckende, sondern allein die gewinnorientierte Versorgung im Vordergrund steht, und wenn ja, wie kann die Bundesregierung dem entgegenwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

16. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann soll nach Kenntnis der Bundesregierung die im Rahmen der Offensive „Digitales Klassenzimmer“ bereits vor über einem Jahr vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur angekündigte Anbindung aller laut dem Statistischen Bundesamt existierenden 32 995 Schulen (www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Schulen/Tabellen/AllgemeinBildendeBeruflicheSchulenSchularten.html) an glasfaserbasierte, schnelle Internetanschlüsse abgeschlossen sein (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2017/100-dobrindt-digitales-klassenzimmer.html), und von welcher Stelle werden nach Kenntnis der Bundesregierung die dann dauerhaft höheren laufenden Kosten, die für die Schulträger zukünftig anfallen, getragen?
17. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Bis wann plant die Bundesregierung die Übermittlung von Planungs- und Vergabeunterlagen von den Verkehrsministerien der Länder an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vollständig digital auszuführen?
18. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, der auch durch die Verkehrsministerkonferenz der Länder (www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/18-10-18-19-vmk/18-10-18-19-beschluss.pdf?__blob=publicationFile&v=3) festgestellten Verschärfung des Wettbewerbs von Flughäfen, welche nicht Standorte der deutschen Flugsicherung sind, durch entsprechende Entlastungen entgegenzuwirken und damit die Gebührenabsenkung für Flughäfen, die Standorte der deutschen Flugsicherung sind, auszugleichen?

19. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.)
- In welcher Flughöhe befanden sich nach Kenntnis der Bundesregierung die in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/4489 genannten Flugzeuge, die am 22. Januar 2018, 26. Februar 2018 und 10. Mai 2018 Treibstoff abgelassen haben (siehe die Antwort zu Frage 1)?
20. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.)
- Welche Flugzeugtypen waren dies und welches Ziel hatten diese angesteuert?
21. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb wurde die Finanzierungsvereinbarung für den Ausbau der Gäubahn (Abschnitt Horb–Neckarhausen) zwischen dem Bund und der DB Netz AG noch immer nicht unterzeichnet, und wie sehen die nächsten Schritte bis zur Herstellung der Zweigleisigkeit des genannten Streckenabschnitts konkret aus (Datum der Finanzierungsvereinbarung, Beginn und Abschluss der Ausführungsplanung, Baubeginn und -fertigstellung bitte angeben)?
22. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zwischenergebnisse bezüglich der Untersuchungen über die Brandursache an einem ICE-3-Wagen am 12. Oktober 2018 auf der Strecke zwischen Köln und Frankfurt am Main liegen inzwischen vor, und bis wann ist mit dem Unfallbericht zu rechnen?
23. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, in ihrer Eigentümerfunktion gegenüber der Deutschen Bahn AG darauf hinzuwirken, das aktuelle System der Pünktlichkeitserfassung nach Zügen zu ersetzen und dafür ein System der Pünktlichkeitserfassung nach Passagieren, vergleichbar dem System der Schweizer Bundesbahnen, einzuführen, und wenn nein, warum nicht?

24. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine Abschaffung des in der Fahrerlaubnis-Verordnung geregelten Einpunkt-Limits, wonach Begleitpersonen beim begleiteten Fahren mit 17 Jahren punktefrei sein müssen, und wenn nein, warum nicht?
25. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie viele Fahrzeuge wurden seit der Überarbeitung der Förderrichtlinie Elektromobilität im Dezember 2017 Zuwendungen aus dieser Förderrichtlinie im Förderbereich 2.1.1 („Elektrofahrzeuge und Ladeinfrastruktur“) bewilligt (bitte nach Förderaufrufen aufschlüsseln), und bei wie vielen Fahrzeugen, für die seit der Überarbeitung der Förderrichtlinie Elektromobilität im Dezember 2017 Zuwendungen aus dieser Förderrichtlinie im Förderbereich 2.1.1 („Elektrofahrzeuge und Ladeinfrastruktur“) beantragt wurden, wurden die Zuwendungen nicht bewilligt (bitte nach Förderaufrufen aufschlüsseln)?
26. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur der Empfehlung des Bundesrechnungshofes aus dem „Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nach § 83 Absatz 2 BHO zur Übertragung der Anteile an der Lkw-Maut-Betreibergesellschaft“ vom 26. Oktober 2018 folgen und zur Streitbeilegung im neuen Betreibervertrag von Toll Collect auf ein Schiedsgerichtsverfahren verzichten und stattdessen „zur Streitschlichtung die ordentlichen Gerichte [...] bemühen, um Transparenz über sein Handeln zu gewährleisten“ (S. 22)?
27. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung insgesamt den vom CDU-Bundesvorstand am 21. Oktober 2018 angekündigten gesetzlichen Regelausschluss von Dieselfahrverboten, wenn der Grenzwert für Stickstoffdioxid wie derzeit in vielen deutschen Städten um höchstens 10 Mikrogramm überschritten wird, für vereinbar mit der europarechtlich vorgegebenen Schutzpflicht ab jeglicher Überschreitung, und wann genau wird die Bundesregierung – gemäß dem CDU-Beschluss vom 21. Oktober 2018 – „zügig die technischen Grundlagen für die Hardware-Nachrüstung von Diesel-Pkw legen und

bei der EU notifizieren“ sowie die Finanzierung dieser Nachrüstungen durch die Autoindustrie durchsetzen (vgl. sz.de vom 22. Oktober 2018)?

28. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf welchen Erkenntnissen beruht die Festlegung der Bundesregierung für den Stickoxidausstoßwert von 270 Milligramm pro Kilometer bei nachgerüsteten Euro-4- und Euro-5-Fahrzeugen in ihrem Eckpunktepapier „für Maßnahmen zur Umsetzung des Konzepts für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“, und wie groß ist der Anteil der ausgenommenen Fahrzeuge (nachgerüstete Euro-4- und Euro-5-Dieselfahrzeuge, alle Euro-6-Dieselfahrzeuge, ggf. Fahrzeuge von Handwerksbetrieben, etc.) an den eigentlich von Fahrverboten betroffenen Fahrzeugen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

29. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf Grundlage welcher Erkenntnisse ist die Bundesregierung in ihrem Eckpunktepapier für „Maßnahmen zur Umsetzung des Konzepts für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“ zu der Einschätzung gelangt, dass eine Überschreitung von 50 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel als „geringfügig überschritten“ anzusehen ist, obwohl wissenschaftliche Quellen belegen, dass eingeatmetes Stickstoffdioxid schon in geringen Mengen Kopfschmerzen und Schwindel und in höheren Konzentrationen Atemnot sowie Lungenödeme auslösen kann (www.bundestag.de/blob/550740/0ed69bc0c343c0a1ce7c485923dc167c/wd-8-016-18-pdf-data.pdf), und ist für die Bundesregierung die Sicherung der individuellen Mobilität wichtiger als die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in Innenstädten mit hoher NO_x-Belastung?

30. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Feststellung, dass Fahrverbote bis zu einem Jahresmittelwert von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Stickstoffdioxid-Emissionen unverhältnismäßig sind (vgl. Referentenentwurf zur Änderung des BImSchG), obwohl alle bereits ergangenen Verwaltungsgerichtsurteile die Verhältnismäßigkeit von Fahrverboten geprüft und als gegeben angesehen haben?
31. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Gesundheitsbelastung basiert die Annahme der Bundesregierung, dass eine Überschreitung des Stickstoffdioxidgrenzwertes von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ um maximal $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$ nur geringfügig ist und lediglich mildere Gegenmaßnahmen als Fahrverbote erfordert, und inwieweit trägt dieser Vorschlag zum vorbeugenden Gesundheitsschutz bei, wenn nach Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation schon eine Langzeitbelastung von $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gesundheitsschädlich ist?
32. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das Umweltbundesamt die Auswirkungen der bisher geplanten Maßnahmen zur Reduktion von Stickoxiden bei Dieselfahrzeugen berechnet, und falls ja, was bringen diese einzelnen Maßnahmen an konkreter NO_2 -Minderung (bitte auch angeben in welchem Zeitraum)?
33. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer hat die geplante Gesetzesänderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union geprüft, wenn Fahrverbote in bestimmten Städten unverhältnismäßig sein sollen, und zu welchem genauen Ergebnis kommt diese Prüfung?
34. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund ihrer Aussage gegenüber dem „Tagesspiegel BACKGROUND“ vom 30. Oktober 2018, der zufolge Zukäufe von CO_2 -Emissionsrechten von anderen EU-Mitgliedstaaten aufgrund der deutschen EU-Klimazielerfüllungen im Bereich Verkehr, Landwirtschaft und Gewerbe für den Zeitraum bis 2020 kaum zu vermeiden seien, mit der Slowakei oder anderen Staaten, die ihre Non-

ETS-Quoten übererfüllt haben, hierzu bilaterale Gespräche bzw. Verkaufsverhandlungen aufzunehmen, und wenn ja, wann?

35. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche der 15 Quellen aus dem dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) bekannten Untersuchungsbericht der belgischen Atomaufsicht FANC vom 14. Dezember 2012 zu den Wasserstoffflocken-Befunden in den belgischen Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 sind dem BMU bekannt (vgl. die Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 19/2752)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

36. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Mit welchen Haushaltsmitteln soll der von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim deutsch-afrikanischen Investitionsgipfel in Berlin am 30. Oktober 2018 angekündigte Entwicklungsinvestitionsfonds ausgestattet werden (www.tagesschau.de/inland/afrika-gipfel-111.html), und nach welchen Kriterien soll der Fonds Darlehen an deutsche und afrikanische Unternehmen vergeben?

37. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Haushaltstiteln soll der von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem G20-Investment-Summit am 30. Oktober 2018 in Berlin angekündigte Entwicklungsinvestitionsfonds, durch den Finanzierungen für afrikanische und deutsche Unternehmen ermöglicht werden sollen (bitte nach Volumen auflisten) finanziert werden, und nach welchen Kriterien sollen Gelder an die Unternehmen ausgezahlt werden?

38. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird sichergestellt, dass die durch den von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem G20-Investment-Summit am 30. Oktober 2018 in Berlin angekündigten Entwicklungsinvestitionsfonds geförderten privatwirtschaftlichen Tätigkeiten tatsächlich lokal Beschäftigung geschaffen und zur Armutsreduktion beigetragen wird, und

durch welche konkreten Maßnahmen sollen Mitnahmeeffekte für die Unternehmen verhindert werden?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

39. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Ist die Entscheidungsfindung innerhalb der Bundesregierung mittlerweile dahingehend abgeschlossen, ob und in welcher Form auch in der 19. Legislaturperiode eine einheitliche Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Stellungnahmen aller Bundesministerien erfolgen wird (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 38 auf Bundestagsdrucksache 19/3484) und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

40. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesministerien haben seit dem Jahr 2015 (Beratungs-)Verträge mit McKinsey&Company geschlossen, und wie viele Haushaltsmittel wurden seitdem insgesamt hierfür ausgegeben (bitte nach den einzelnen Bundesministerien auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

41. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) bewusst, dass sich in seiner der Zeitung „DER TAGESSPIEGEL“ am 19. März 2018 gegebenen Erklärung für das im Versorgungsfonds des Bundes gestiegene Investmentvolumen bezüglich der vier Energiekonzerne Iberdrola, Enel, Engie und E.ON die Volumenände-

rung von „14,4 Mio. Euro auf 39,4 Mio. Euro“ einerseits und die Kurswertänderungen von „rd. 17 Prozent (Engie) und rd. 33 Prozent (Eon)“ andererseits auf unterschiedliche Stichtage beziehen, mithin für eine Erklärung ungeeignet und unzutreffend waren (vgl. Artikel „Pension aus dem Pannenmeiler“ in DER TAGESSPIEGEL vom 21. März 2018, E-Mail des BMI vom 19. März 2018 an den Autor des vorgenannten Artikels sowie Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 19, Plenarprotokoll 19/25), und waren dem BMI am 19. März 2018 die Kurswertänderungen der Unternehmen Engie und E.ON zwischen den Stichtagen 14. Juni 2017 und 31. Dezember 2017 bekannt?

42. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Welche Schritte wurden seit dem 18. September 2018 unternommen, um eine geeignete Leitung für das Bundesamt für Verfassungsschutz zu finden?
43. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Auf die Aussage welcher Vertreterin oder welchen Vertreters des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) bzw. einer dem BMI nachgeordneten Behörde bezieht sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Nachrichtenmagazin FOCUS in seinem Artikel vom 30. Oktober 2018, in dem Thomas Haldenwang als designierter Nachfolger im Amt des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz bezeichnet wird?
44. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Ab wann wird das Bundesamt für Verfassungsschutz auch Veranstaltungen der linksextremistischen Szene statistisch erfassen, und welche konkreten Merkmale sollen dabei in die Statistik aufgenommen werden?
45. Abgeordnete
Dr. Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Beschäftigte der Bundespolizei, die den Lehrgang „Personenbegleiter Luft“ absolviert haben, haben sich bisher für den nächsten Abschiebeflug nach Afghanistan gemeldet?

46. Abgeordnete
Dr. Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde die EU-Agentur Frontex über das Vorhaben informiert, die Vorgaben hinsichtlich der Teilnahme am Lehrgang „Personenbegleiter Luft“ in Bezug auf Einsätze im Zusammenhang mit Abschiebungen zu ändern, und wenn Frontex nicht informiert wurde, warum nicht (vgl. DER SPIEGEL vom 27. Oktober 2018, S. 23)?
47. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der in der Antwort der Bundesregierung vom 31. Oktober 2018 auf meine Schriftliche Frage vom 25. Oktober 2018 (Arbeits-Nr. 10/369) genannten 50 Asylsuchenden aus Italien und 65 Asylsuchenden aus Malta sind bereits tatsächlich in Deutschland angekommen (bitte mit der Verteilung nach Bundesländern und den jeweiligen Kommunen aufschlüsseln), und falls (noch) nicht alle hier angekommen sein sollten, welche Hindernisse standen dem entgegen trotz der Aufnahmebereitschaft von mehreren Bundesländern und Kommunen?
48. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Orientiert sich das Verfahren bezüglich der Zurückweisung an der deutsch-österreichischen Grenze an Artikel 43 der Asylverfahrensrichtlinie, und wie wird die Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards für Rückführungsverfahren hier konkret gewährleistet wie Konsultation eines Rechtsbeistandes, angemessene Übersetzung etc.?
49. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwieweit soll die Herausgabe der Vereinbarung zwischen Griechenland und Deutschland (<http://rsaagean.org/the-administrative-arrangement-between-greece-and-germany/?tbclid=IwAR2TxI3WfxXxRE2-afr4cweIFaEWLWGu6B-8W8o950YKGzD9eP7GIWtPG88>) an den Deutschen Bundestag die Verhandlungen mit Italien gefährden (siehe die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 49 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2018), und inwieweit sieht die Bundesregierung die Begründung der Ablehnung mit den Vorgaben aus dem EUZBBG als vereinbar an?

50. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Auf welche Auskunft der Europäischen Asylagentur (EASO) genau stützte sich das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 26. September 2018 zu Tagesordnungspunkt 4, als sein Vertreter zur Einschätzung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), es gebe keine zumutbaren Fluchtalternativen in Kabul, erklärte, es gebe weitere Quellen, etwa den Bericht von EASO (bitte Titel, Datum, Quelle und Seitenzahl nennen und den konkreten Inhalt erläutern), und wie erklärt es sich die Bundesregierung, dass die Aufhebungsquote durch die Verwaltungsgerichte bei Bescheiden des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Bezug auf afghanische Asylsuchende fast doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt der Herkunftsländer (bitte darlegen, im ersten Halbjahr 2018 betrug die bereinigte Erfolgsquote bei inhaltlichen Gerichtsentscheidungen beim Herkunftsland Afghanistan 58,3 Prozent gegenüber 31,8 Prozent im Durchschnitt, bei der unbereinigten Quote lagen die Werte bei 39,8 bzw. 19,2 Prozent; vgl. Bundestagsdrucksache 19/4961, Antwort zu Frage 20)?

51. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen werden für die Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bezug auf die Frage der Rechtmäßigkeit und Zumutbarkeit von Rücküberstellungen von Asylsuchenden bzw. von Geflüchteten mit einem in Italien ausgestellten humanitären Schutzstatus nach Italien daraus gezogen, dass ein bereits in Kraft getretenes und im Amtsblatt veröffentlichtes Gesetzesdekret (vgl. www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2018/10/04/18G00140/sg; das Dekret ist bereits jetzt rechtswirksam, zur Umwandlung in ein Gesetz hat das Parlament 60 Tage Zeit, vgl. www.studiocataldi.it/articoli/28668-il-decreto-legge-definizione-procedimento-e-termini-di-validita.asp) vorsieht, dass in die so genannten SPRAR-Zweitunterkünfte (Unterbringung nach der Erstaufnahme) Familien nur noch aufgenommen werden, wenn wenigstens ein Familienmitglied (Vater oder Mutter) einen internationalen Schutzstatus erhalten hat und ab dem 5. Oktober 2018 keine Asylsuchenden oder Inhaber eines humanitären Aufenthaltstitels mehr aufgenommen werden, selbst wenn es sich um besonders vulnerable Personen handelt (bitte darlegen), und inwieweit hat das BAMF vor Ort re-

cherchiert, ob nach Inkrafttreten dieses Dekrets Zurücküberstellten in Italien noch eine solche Unterkunft bereitgestellt wurde (bitte darstellen)?

52. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung Personal des BAMF an das Europäische Asylunterstützungsbüro (EASO) zur Durchführung von Asylverfahren auf den griechischen Inseln schicken, um so dazu beizutragen, dass die Wartezeiten auf Asylanhörungen sich verringern (siehe die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 43 auf Bundestagsdrucksache 19/5282), und plant die Bundesregierung eine Aufnahme besonders schutzbedürftiger Personen in Deutschland?

53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

An welchen Produkten zur Grenzüberwachung wurden polizeiliche und militärische „Grenzer“ in Saudi-Arabien durch Angehörige der Bundespolizei und der Bundeswehr in den letzten fünf Jahren hauptsächlich ausgebildet („Bundesregierung hält an Einsatz fest“, tagesschau.de vom 25. Oktober 2018; bitte nach Grenzpolizisten bzw. -soldaten differenzieren), und an welchen weiteren Produkten erfolgten Schulungen bzw. Trainings?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

54. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Arbeit der ukrainischen Behörden bei der Korruptionsbekämpfung und die Arbeit des Public Council of International Experts angesichts der Vorwürfe in der Presse, denen zufolge die Korruption weiter blüht und der Präsident Petro Poroschenko eine effektive Korruptionsbekämpfung verhindern will (www.neweurope.eu/article/will-europe-be-fooled-by-ukrainian-government-once-again/; www.deutschlandfunkkultur.de/ukraine-fuenf-Jahre-nach-dem-maidan-aufbruch-gegen.979.de.html?dram:article_id=429963; www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-korruption-1.4082169)?

55. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Schutzsuchende wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bislang von anderen Staaten über den Nottransitmechanismus, welcher beim EU-Afrika-Gipfel von Abidjan am 29. November 2017 beschlossen wurde, aus Libyen und aus Niger aufgenommen (bitte nach den 26 hauptaufnehmenden Staaten aufschlüsseln), und wie viele vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen als besonders schutzbedürftig identifizierte Personen befinden sich derzeit noch in Libyen und in Niger?
56. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen darüber, wie groß das Volumen nicht abgerufener EU-Fördermittel in Bezug auf Deutschland, Griechenland und Kroatien ist (vgl. FAZ.net vom 23. September 2018 „EU-Fördermittel. In Brüssel liegen 270 Milliarden, die niemand abrufen“)?
57. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Würde die Bundesregierung eine Teilnahme der Republik China (Taiwan) an der UN-Klimakonferenz (UNFCCC) im Dezember dieses Jahres in Kattowitz begrüßen?
58. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Plant die Bundesregierung vermittelnde Maßnahmen, um die weitere Gewalteskalation im sich anbahnenden Bürgerkrieg in Kamerun einzudämmen, bei der auch immer wieder unbeteiligte Zivilisten getötet werden (www.deutschlandfunk.de/separatisten-in-kamarun-die-anglofoneminderheit-begehrt-auf.799.de.html?dram:article_id=431644), und setzt sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Vermittlung in diesem Konflikt oder eine europäische Friedensmission in Kamerun ein?
59. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Zeitplan sieht die Bundesregierung die Erreichung der gleichberechtigten Repräsentation von mindestens 50 Prozent Frauen im Auswärtigen Amt in allen Leitungsebenen vor?

60. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern verfügt die Bundesregierung über eigene Erkenntnisse zu den in Medienberichten geschilderten Einflussnahmen der US-amerikanischen Regierung auf die Auftragsvergabe für ein Stromnetz im Irak (vgl. www.ft.com/content/191f62a6-d1a3-11e8-a9f2-7574db66bcd5 und www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article/182436644/Siemens-darf-weiter-auf-Milliarden-Auftrag-im-Irak-hoffen.html), und auf welche Weise setzt sie sich bei ihren irakischen Partnern für ein faires und transparentes Verfahren bei dieser Vergabe ein?
61. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Anklagen gegen sechs Naturschützerinnen und -schützer im Iran ein (www.hrw.org/news/2018/10/26/iran-environmentalists-face-capital-charges), und inwiefern hat sie die Verfolgung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gegenüber der iranischen Regierung thematisiert?
62. Abgeordneter
Frank Müller-Rosentritt
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten politischen Entwicklungen in Sri Lanka, wo Staatspräsident Maithripala Sirisena nach Entlassung des Ministerpräsidenten den früheren Präsidenten Mahinda Rajapaksa zum neuen Regierungschef ernannte und die Aussetzung der parlamentarischen Arbeit bis zum 16. November dieses Jahres verkündet hat (<https://derstandard.at/2000090369461/Umsturz-in-Sri-Lanka-bringt-zehntausende-Demonstranten-auf-die-Strasse>)?
63. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand hat die Gestaltung der Ressortkoordination zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in Bezug auf die Umsetzung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ (Koordinierungskreis), und welche Leitungsebene hat sich in diesem Zusammenhang bisher getroffen (bitte das Datum angeben)?

64. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem jüngsten Vorgehen der ecuadorianischen Regierung im Fall von Julian Assange bezüglich neuer strikter Regelungen (www.heise.de/newsticker/meldung/Wikileaks-Gruender-Julian-Assange-erhaelt-offenbar-wieder-Internetzugang-4191503.html), und in welcher Weise unterstützt die Bundesregierung ein Ende der laut den Vereinten Nationen festgestellten willkürlichen Haft von Julian Assange (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=17013), damit er die Botschaft nach über sechs Jahren sicher verlassen kann, ohne Gefahr zu laufen, an die USA ausgeliefert zu werden?
65. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Wahl des nach Medienberichten rechtsextremen Jair Bolsonaro in Brasilien (www.tagesschau.de/eilmeldung/brasilien-bolsonaro-115.html) angesichts seiner Drohungen gegen Oppositionelle sowie ethnische Minderheiten, und welche Konsequenzen für die Rüstungszusammenarbeit zieht sie aus der Ankündigung Jair Bolsonaros und des designierten Vizepräsidenten Hamilton Mourão, die Bevölkerung zu bewaffnen und den Waffenbesitz sowie -einsatz von Schusswaffen durch Großgrundbesitzer bei Landstreitigkeiten zu unterstützen (<https://amerika21.de/2018/11/216983/neues-waffengesetz-brasilien>)?
66. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten des Aufrufs der US-Regierung, den Krieg im Jemen zu beenden, ein, und welchen konkreten Beitrag wäre die Bundesregierung bereit zum Wiederaufbau des Landes zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

67. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel infolge des Mordes an Jamal Chaschukdschi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul in Erwägung zieht, die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien auszusetzen, dies aber in dreieinhalb Jahren saudisch geführter Militärintervention gegen den Jemen nicht

getan hat, obwohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgelegt wurde, dass keine Ausfuhren von Rüstungsgütern mehr in Länder genehmigt werden sollen, die direkt am Jemen-Krieg beteiligt sind?

68. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sind der Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Ankündigung, im Rahmen ihres Verhaltens zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu den Akzeptanzfragen bei Windkraft Onshore lediglich prüfen zu wollen, bei entsprechenden Ausschreibungen einen Süd-Bonus von 0,3 Cent/kWh zu vergeben (www.energate-messenger.de/news/187000/koalitionseinigung-ausschreibemengen-werden-gestaffelt), die mir vorliegenden anderslautenden Energieexpertisen auch bekannt, welche unter Wirksamkeitsgesichtspunkten einen Bonus zwischen 0,8 – 0,9 Cent/kWh empfehlen, und ist aus ihrer Sicht dem im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten Anspruch mittels eines Bonus in Höhe von 0,3 Cent/kWh Genüge getan, um damit eine bessere regionale Steuerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im südlichen Bundesgebiet einzuführen?

69. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in der Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/5440 vom 30. Oktober 2018 geantwortet, dass hinsichtlich der Einführung einer transponderbasierten bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung nach wie vor flugsicherheitsrelevante Fragen bestünden, die noch zwischen betroffenen Fachbehörden zu lösen seien, während im Referentenentwurf zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 31. Oktober 2018 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die Transponderlösung auf Seite acht explizit als zulässig genannt wird, und welche Auswirkungen hat diese Entscheidung nach Auffassung der Bundesregierung auf bereits genehmigte Windparks mit radargestützten Systemen?

70. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann haben das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ins Leben gerufene Dialogforum über die deutsche Rüstungsexportpolitik und der Branchendialog Rüstung das letzte Mal stattgefunden, und plant der Bundesminister Peter Altmaier, diese Dialoge mit der Industrie- und Zivilgesellschaft über die deutsche Rüstungsexportpolitik fortzusetzen?

71. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

In welcher Höhe hat die Bundesregierung im dritten Quartal 2018 Genehmigungen für den Export von Waffen in EU-Länder, die NATO und der NATO gleichgestellte Länder und Drittländer (bitte entsprechend der Ländergruppen nach „Kleinwaffen“ sowie „Leichtwaffen“ im Sinne der Gemeinsamen Aktion der EU vom 12. Juli 2002 getrennt auflisten; sofern eine endgültige Auswertung für das dritte Quartal noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben), und welcher Gesamtwert entfiel in diesem Zeitraum jeweils auf die zehn Hauptempfängerländer (bitte entsprechend nach Kategorien „Kleinwaffen“ sowie „Leichtwaffen“ getrennt auflisten; sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

72. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann legt die Bundesregierung den im Rahmen des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD verabredeten Gesetzentwurf zur Aufhebung bzw. Änderung des § 219a des Strafgesetzbuchs vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

73. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die neun Wirtschaftsabteilungen mit dem höchsten monatlichen Medianentgelt in Deutschland (bitte das Medianentgelt jeweils mit angeben), und wie hoch ist dort jeweils der prozentuale Anteil der Beschäftigten, die zu einem Niedriglohn arbeiten (über alle Wirtschaftsabteilungen gesehen)?
74. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die neun Wirtschaftsabteilungen mit dem niedrigsten monatlichen Medianentgelt in Deutschland (bitte das Medianentgelt jeweils mit angeben), und wie hoch ist dort jeweils der prozentuale Anteil der Beschäftigten, die zu einem Niedriglohn arbeiten (über alle Wirtschaftsabteilungen gesehen)?
75. Abgeordneter
**Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Warum hat die Bundesregierung auf dem Global Disability Summit in London nicht wie alle staatlichen Mitglieder des Global Action on Disability Network, die zudem der UN-Behindertenkonvention verpflichtet sind, individuelle oder in der „Charter of Change“ festgelegte Verpflichtungen unterzeichnet (Quelle: 24. Juli 2018, London, www.gov.uk/government/collections/global-disability-summit-commitments), und plant sie, dieses noch zu tun?
76. Abgeordneter
**Dr. Gero Clemens
Hocker
(FDP)**
- Wie ist der aktuelle Stand zur Auszahlung der Renten bezüglich der ca. 4 000 bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung vorliegenden Rentenanträge, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Hofabgabeklausel nicht bearbeitet wurden (www.topagrar.com/news/Home-top-News-SVLFG-bewilligt-vorlaeufige-Altersrenten-10030062.html)?